

ESF Fachmesse Celle 2010

Celle, 15. Juni 2010

Beginn 14.30 Uhr

Rede von Frau Lenia Samuel,
Stellvertretende Generaldirektorin der
Generaldirektion Beschäftigung, soziale
Angelegenheiten und Chancengleichheit

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Minister Bode,
Sehr geehrter Herr Franz,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich danke Ihnen für die Einladung zur heutigen Fachmesse, die im Rahmen des Kommunikationsplans für die niedersächsischen ESF-Programme in der schönen Stadt Celle stattfindet.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, über die jüngsten Initiativen der Europäischen Kommission zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise, unsere Vorschläge zur Wachstums- und Beschäftigungsstrategie Europa2020 sowie die Rolle des ESF zu sprechen.

Im Jahr 2010 stehen wir vor enormen Herausforderungen. Durch die Krise sind die strukturellen Schwächen Europas offensichtlich geworden. Diese sind:

- ein niedrigeres Wachstumspotenzial,
- eine, im Vergleich zu den USA oder Japan, niedrige Produktivität,
- steigende Arbeitslosigkeit,
- die demographische Alterung,
- offene oder versteckte Armut bei einigen unserer Mitbürger, sowie

- ein immer mehr begrenzter finanzieller Spielraum der öffentlichen Haushalte.

Dabei werden die globalen Herausforderungen nicht weniger: Es gibt einen erhöhten Wettbewerbsdruck, nun auch von Seiten aufstrebender Volkswirtschaften wie China, Indien oder Brasilien, sowie die Schwierigkeiten, die globale Finanzwirtschaft zu regulieren. Zudem müssen Antworten auf den Klimawandel und die Ressourcenknappheit gefunden werden.

Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso hat daher die derzeitige Situation Europas ganz richtig zusammengefasst: “Die Krise ist ein Weckruf...ein „Weiter so wie bisher“ würde uns in der neuen Weltordnung schrittweise in die Zweitrangigkeit zurückfallen lassen.”

Europa muss also wieder auf Kurs kommen: Auf kurze Sicht ist es unsere wichtigste Aufgabe, die Krise erfolgreich zu überwinden,
aber
unter Berücksichtigung einer langfristigen Vision, wo Europa im Jahre 2020 stehen sollte.

Wir dürfen keine Zeit verlieren, die Herausforderungen anzugehen!

Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission am 3. März einen Vorschlag für die **Strategie Europa2020** vorgestellt. Wir wollen die Krise überwinden und die EU auf einen nachhaltigeren, dynamischeren Wachstumspfad führen.

Die **drei Prioritäten** der Strategie sind daher:

1. Intelligentes Wachstum: das heißt, die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft.
2. Nachhaltiges Wachstum: sprich, die Förderung einer Ressourcen schonenden, umweltfreundlichen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. und
3. Integratives Wachstum: das heißt, die Förderung einer beschäftigungsintensiven Wirtschaft mit starkem sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Wichtig ist uns dabei, dass diese Prioritäten nicht unabhängig voneinander verfolgt, sondern zusammen, in einer integrierten Strategie angegangen werden.

Um den Schwerpunkten eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums näher zu kommen, haben wir **fünf EU-weite Kern-Ziele** vorgeschlagen:

1. den Anteil der Beschäftigten EU-weit von derzeit 69% auf 75% zu erhöhen,
2. den Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung von derzeit 1,9% auf 3% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen,
3. das Klimaziel 20/20/20 – das bedeutet eine 20-prozentige Treibhausgas-Reduktion (ausgehend vom Jahr 1990), ein 20-prozentiger Anteil erneuerbarer Energien sowie eine 20-prozentige Steigerung der Energieeffizienz,
4. die Verbesserung der Bildungsniveaus durch einerseits die Reduzierung der Schulabbrecherquoten von 15 auf 10% sowie andererseits durch die Erhöhung des Anteils der Absolventen mit Hochschulabschluss von derzeit 31% auf mindestens 40%, und
5. soziale Eingliederung durch eine Verringerung der Armut.

Wir wollen mit den Mitgliedstaaten darauf hin arbeiten, bis 2020 die Zahl derer, die armutsgefährdet sind, um 20 Millionen zu senken.

Damit diese EU-weiten Ziele überhaupt einen Sinn haben, müssen sie natürlich in nationale Ziele umgesetzt werden. Es

liegt somit an den Mitgliedstaaten, sich ehrgeizige Ziele zu setzen, die der jeweiligen Situation des Landes angemessen sind.

Nachdem sich die Staats- und Regierungschefs schon auf dem Europäischen Rat auf das Beschäftigungsziel, das Forschungs- und Entwicklungsziel und auf das Klimaziel geeinigt hatten, signalisierten kürzlich auch die Bildungs- bzw. die Arbeits- und Sozialminister Einigung. Es ist also zu erwarten, dass der Europäische Rat übermorgen eine politische Einigung für alle fünf EU-weiten Ziele erzielt. Ich freue mich besonders darüber, dass wir nun zum ersten Mal in der EU ein Ziel zur Verringerung von sozialer Ausgrenzung und Armut haben werden. Es misst sich an der Zahl der Menschen die armutsgefährdet sind, materielle Entbehrung erfahren oder in Haushalten leben, in denen niemand einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Diese Kombination dieser drei verschiedenen Indikatoren soll der Vielschichtigkeit von Armut gerecht werden.

Wie schon gesagt, kann jeder Mitgliedstaat einiges für die Verwirklichung dieser Ziele tun, doch werden wir auch auf europäischer Ebene die Hände nicht in den Schoß legen. Die Europäische Kommission hat eine Reihe sogenannter "**Leitinitiativen**" vorgeschlagen. Im Bereich Beschäftigung, Bildung und Soziales werden drei Initiativen präsentiert:

1. Mit der Initiative "Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten" wollen wir die Voraussetzungen für die Modernisierung der Arbeitsmärkte schaffen. Wir wollen den Wandel des Arbeitsmarktes – der in den kommenden Jahrzehnten zwangsläufig geschehen wird – positiv unterstützen. Die Prognosen des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung zeigen, dass zwischen heute und dem Jahre 2020 die Nachfrage nach hoch qualifizierten Personen um sechzehn Millionen steigen wird. Dagegen wird in der gleichen Zeitspanne die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften voraussichtlich um rund zwölf Millionen sinken. Hier warten große Aufgaben auf die Mitgliedstaaten.

Allen Menschen im erwerbsfähigen Alter müssen durch **lebenslanges Lernen** neue Möglichkeiten eröffnet werden. Nur so können Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser aufeinander abgestimmt werden. Hinzukommt, die **Arbeitsmobilität in der EU** zu erleichtern, die Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen voranzutreiben und die Zusammenarbeit von Arbeitsmarkt-Institutionen über Staatsgrenzen hinweg zu fördern.

2. Bei der Initiative "Jugend in Bewegung" geht es darum, den Jugendlichen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Zum Beispiel werden wir die Schul- und Ausbildungssysteme an die veränderten Qualifikationsanforderungen anpassen müssen. Und wir werden es uns in Zukunft nicht mehr erlauben können, einen so großen Anteil an jungen Menschen ohne qualifizierte Schul- und Berufsausbildung in die Zukunft zu schicken. Deshalb soll die Qualität der allgemeinen Bildung in der EU verbessert werden. Daneben gilt es insbesondere die Leistungsfähigkeit und die **internationale Attraktivität** der Hochschulen zu steigern und die Mobilität der Studierenden und Auszubildenden zu fördern.

3. Die dritte Initiative wird die "Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut" sein. Aufbauend auf dem aktuellen "Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung" wollen wir den Austausch bewährter Verfahren, das Engagement öffentlicher und privater Träger oder Programme zur sozialen Innovation fördern.

(Die Rolle des ESF für die Europa2020 Strategie)

Meine Damen und Herren, ich habe soeben auch von "Integrativem Wachstum" gesprochen.

Integratives Wachstum bedeutet vor allem:

- ein hohes Beschäftigungsniveau,
- Investitionen in Kompetenzen,
- die Bekämpfung der Armut,
- die Modernisierung der Arbeitsmärkte,
- die Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung,
- die Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme, sowie
- die Schaffung gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Für mich ist klar, dass dem **Europäischen Sozialfonds** eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der **Europa2020-Strategie** zukommen wird und er die Ziele der Strategie aktiv unterstützen muss.

Der europäische Mehrwert des ESF kann und soll auf diese Weise weiter gesteigert werden. Zudem geht der Mehrwert des ESF darüber hinaus – er liegt neben der Verknüpfung von Politik und Budget auch darin begründet, dass die Mitgliedstaaten mehr und andere Begünstigte fördern oder neue Maßnahmen und Ansätze testen können. All dies soll der ESF auch in Zukunft tun.

(Die Zukunft des ESF)

Es gibt eine Reihe von Fragen, wie wir die Umsetzung des ESF weiter verbessern können:

- Wie können wir die Beiträge des ESF noch sichtbarer machen und noch besser kommunizieren?

- Wie können wir die Ergebnisse besser messen? Hier geht es um das Stichwort "*delivery system*", es geht um Vereinfachung, aber auch um die Erreichung von konkreten Ergebnissen und Outputs.

- Eine andere Frage ist die geografische Reichweite des ESF. Soll der ESF überhaupt in der ganzen EU zur Anwendung kommen?

Wir meinen ja.

Denn erstens geht es beim ESF um Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit und dies kann nicht nur für bestimmte Regionen gelten.

Zweitens sind Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung nicht nur Probleme armer Staaten und Regionen und deshalb nicht auf bestimmte Gebiete der EU begrenzt.

Allerdings sind die finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten zur Erreichung der Ziele der Europa2020-Strategie stark unterschiedlich. Dies sollte auch bei der Höhe der Fördergelder für die Staaten zum Ausdruck kommen.

Das neue Umsetzungssystem soll einfach, wirtschaftlich, flexibel und auf alle Mitgliedstaaten anwendbar sein. Der ESF sollte nicht komplexer als vergleichbare nationale Förderprogramme im Bereich der Beschäftigungs- oder Sozialpolitik sein. Die Mitgliedstaaten sehen das bestehende System als zu kompliziert, bürokratisch und beschwerlich an.

Auf dieser Grundlage könnten drei alternative Szenarien in Betracht gezogen werden. Unter dem ersten Szenario würden die Auszahlungen wie jetzt durch den Gemeinschaftshaushalt auf der Grundlage von tatsächlichen Ausgaben der Projekte stattfinden.

In einem zweiten Szenario könnten die Auszahlungen auf der Grundlage von Outputs der Programme vorgenommen werden. Dies hat zur Folge, dass Zielwerte für die Outputs für die Programme festzulegen sind, wobei die EU-Auszahlungen auf die vereinbarten Outputs gestützt werden.

Das dritte Szenario verknüpft Elemente von Haushaltsunterstützung und ergebnisbasierter Verwaltung der Programme.

Nicht von ungefähr laufen derzeit ernsthafte Diskussionen über die Zukunft der Struktur- und Kohäsionsfonds. Kohäsionspolitik und Strukturfonds sind wesentliche Durchführungsmechanismen für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in unseren Mitgliedstaaten und Regionen.

Der 5. Kohäsionsbericht und die begleitende Beschreibung der Politikvorschläge werden für November 2010 erwartet. Darin werden die Eckpunkte der Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2013 umrissen. Die Vorschläge der Kommission für die neuen Strukturfondsverordnungen "post-2013" werden voraussichtlich vor dem Sommer 2011 vorgelegt. Aber bis dahin wird es mehrere wichtige Meilensteine geben.

Die Kommission hat letzten Monat einen Vorschlag für die Überprüfung der **Haushaltsordnung** angenommen. Dieser enthält schon Vorschläge zur Rationalisierung der Regeln für die geteilte Mittelverwaltung.

Im September wird dann die Kommission ihre **Haushaltsübersicht** vorlegen. Der EU-Haushalt sollte insgesamt eng an die von Europa2020 definierten Prioritäten gebunden sein. Und wir plädieren insbesondere für eine **vollständige Ausrichtung** des Europäischen Sozialfonds auf die beschäftigungs- und sozialpolitischen Ziele der Europa2020-Strategie.

Wir denken, dass der ESF weiterhin ein Investitionsfonds des Humankapitals sein sollte, der in den Mitgliedstaaten Arbeitskräfte und Bürger im Rahmen der drei Prioritäten und der Leitinitiativen der Europa2020-Strategie unterstützt.

Innerhalb solch eines Rahmens könnte der ESF konzentriert länderspezifische Bedürfnisse und Schwächen in den Bereichen Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt, Aus- und Weiterbildung angehen. Gleichzeitig könnte er sich auf neue Prioritäten fokussieren, wie zum Beispiel "grüne" und "weiße" Arbeitsplätze, also Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz und Umwelttechnologie, sowie in den Bereichen Gesundheit und Soziales.

Meine Damen und Herren

Ein wichtiges Thema der heutigen Veranstaltung ist – neben der Zukunftsorientierung - auch die Vereinfachung bei der Umsetzung von ESF-Programmen der laufenden Förderperiode. Das haben auch Sie, Herr Minister erwähnt. Nachdem der Europäische Rechnungshof über viele Jahre hin uns keine positive Zuverlässigkeitserklärung erteilen konnte, haben wir die Gründe analysiert und eine Reihe von Vereinfachungen bei der Abrechnung der Programme eingeführt.

Bisher galt durchgehend das so genannte Realkostenprinzip. Ein Antrag auf Kostenerstattung verlangt ein genaues Auflisten sämtlicher direkter und indirekter Kosten mit der Darstellung verwendeter Verteilungsschlüssel und deren Nachweise.

Die größten Fehlerquellen liegen bei der Abrechnung im Bereich der indirekten Kosten, den Gemeinkosten. Die genaue Ermittlung der Verteilungsschlüssel ist fehleranfällig. Für ihre eigenen direkt vergebenen Zuschüsse hat die Kommission mit Erfolg schon 2000 die Pauschalierung der indirekten Kosten eingeführt. Diese Möglichkeit haben wir im Bereich der Strukturfonds nun auch den Mitgliedstaaten eingeräumt. Ich bin froh, sehr geehrter Herr Minister, dass Sie auch hier in Niedersachsen die Pauschalierung der indirekten Kosten eingeführt haben.

Ich appelliere an die beteiligten Verwaltungen und Projektträger, diese starke Vereinfachung anzunehmen und umzusetzen.

Eine weitere Vereinfachung stellt die Möglichkeit von Einheitskostensätzen dar. Dies ist ein erster Schritt zu einer ergebnisbasierten Finanzierung. Es wird z. B. pro Teilnehmerstunde ein fester auf Erfahrungen oder Studien gegründeter Betrag bezahlt. Nachzuweisen sind dann nur die durchgeführten Stunden und die Teilnehmer. Gibt es weniger Stunden oder Teilnehmer, wird weniger bezahlt. Für Mikroprojekte gibt es nun die Möglichkeit einer festen Pauschale zur Abdeckung sämtlicher Kosten. Auch hier muss nur das Erreichen der Projektziele nachgewiesen werden.

Die heute vorgestellten Vereinfachungen für Niedersachsen sind nur ein Ansatz. Es sollten Projekte oder Projektteile auch im Ganzen mittels Einheitskostensätzen abgerechnet werden.

(Der ESF in Niedersachsen)

Sehr geehrte Damen und Herren, abschließend noch ein Wort zum ESF im Konvergenzgebiet Lüneburg.

Der ESF stellt dafür 210 Mio. € bereit – das ist fast so viel wie das gesamte Land Niedersachsen im so genannten Gebiet "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" kurz "RWB" erhält, nämlich 239 Mio. €

Sie verfügen hier in Lüneburg also über erhebliche Finanzmittel, die es nun umzusetzen gilt. Allerdings sollte das nicht Anlass für eine Kostenexplosion sein. Vielmehr sollten mehr und verbesserte Angebote möglich sein.

Ich rufe daher die anwesenden Vertreter der Landesverwaltungen, Arbeitsverwaltungen und der Trägerlandschaft auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, neue, innovative Projektideen zu entwickeln, mit denen die Ziele der neuen Europa2020 Strategie unterstützt werden. Sie haben damit eine Chance, junge aktive Menschen im Fördergebiet zu halten, neue Beschäftigte und Unternehmensgründungen anzuwerben und den Wegzug von Produktionsstätten zu verhindern. Jetzt sind Fantasie und Engagement gefragt, damit mehr Geld im Zielgebiet auch zu mehr und besseren Maßnahmen führt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die erfolgreiche Umsetzung des ESF hängt von einem gelebten Partnerschaftsprinzip ab. Ich bin sehr froh, sagen zu können, dass das Partnerschaftsprinzip in Niedersachsen hervorragend funktioniert. Alle Sozialpartner einschließlich der Wohlfahrtsverbände wurden bei der Erstellung der OPs und der Implementierung intensiv eingebunden. Der Begleitausschuss in Niedersachsen ist ein lebendiges und aktives Instrument für das Partnerschaftsprinzip.

Ich begrüße es, dass die gleich startenden Fachforen auch die zukunftsrelevanten Themen, die für die Strategie Europa2020 relevant sind, behandeln.

Ich lade Sie ein zu aktivem Mitmachen und wünsche Ihnen allen eine erfolgreiche und bereichernde Veranstaltung. Und jetzt freue ich mich auf den Kontakt mit den Ausstellern gleich beim meinem Rundgang mit Ihnen Herr Minister.

Vielen Dank!